



Kraemers Klartext

Cross-Asset- und Strategy-Research

Keine Schulden für die Verteidigung

Die Kosten der Aufrüstung müssen
gerecht verteilt werden

Das Team Trump 2.0 lässt keinen Zweifel: Auf die USA können wir uns als Schutzmacht nicht mehr verlassen. Wir sind in Europa auf uns gestellt. Das heißt unweigerlich, dass wir künftig deutlich mehr für die eigene Verteidigung aufbringen müssen. Wie viel mehr genau, lässt sich noch nicht sagen. Die vom Weißen Haus diktierten Erwartungen schwanken je nach Tagesform des neuen Sheriffs zwischen gut zwei und fünf Prozent des BIP.

Zuletzt lagen die Verteidigungsausgaben der EU bei etwa 2% des BIP. Nehmen wir an, sie müssten auf 3,5 % steigen – vergleichbar dem Anteil, den die USA in den vergangenen zehn Jahren ausgegeben hat. In Zahlen würde das einem Wachstum der kollektiven Militärausgaben um 1,5 % des EU-BIP oder rund 300 Mrd. Euro bedeuten. Das ist ein Problem. Denn EU-weit lagen die gesamtstaatlichen Budgetdefizite 2024 bereits bei mehr als 3 % der Wirtschaftsleistung. Also bereits höher als erlaubt.

Die bequeme Lösung: Verteidigung auf Pump

Erwartungsgemäß hat es nicht lange gedauert, bis der Ruf nach gesamteuropäischen Schulden laut wurde, nach den berühmterbüchtigten Eurobonds. EU-weite Anleihen hatte die Kommission ja schon nach der Pandemie mit dem Next-Generation-EU-Programm auf den Weg gebracht. Warum also nicht auch für die Verteidigung? Alternativ schlägt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor, die Maastricht-Regeln einmal mehr aufzuweichen und Verteidigungsausgaben bei der Berechnung der erlaubten Defizitgrenzen außer Acht zu lassen.

Wie praktisch! Aber beide Vorschläge – gemeinsame Verteidigungsanleihen genauso wie die Sonderregeln bei den nationalen Defizitgrenzen – sind schlecht. Verteidigung ist die ultimative

Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

14. März 2025

Europa
steht plötzlich
alleine da

Gleich zwei
schlechte Ideen

konsumtive Ausgabe. Und die finanziert man nicht über Kredite, wie jede Unternehmerin weiß. Aufrüstung generiert keinerlei Einnahmen, aus denen sich der Schuldendienst bedienen ließe. Auch wenn es allenthalben heißt: „Wir müssen in unsere Sicherheit investieren“. Verteidigung ist keine Investition.

Ein Plädoyer für Generationengerechtigkeit

Wie kann es also dann gehen? Ich denke, die Antwort müssen wir nach dem Verursacherprinzip geben: Es ist die Generation der bis in die späten 1960er-Jahre geborenen Babyboomer, die unsere Wehrhaftigkeit hat schleifen lassen. Stattdessen haben wir sorgenbefreit die Friedensdividende verfrühstückt. In den 1980er-Jahren, also vor dem Fall der Mauer, lagen die Verteidigungsausgaben in Deutschland bei durchschnittlich 2,9 % des BIP. In den drei Dekaden seit 1993 dagegen nur noch bei 1,2 % (siehe Abbildung).

Die Wiederherstellung der Wehrhaftigkeit sollte so weit wie möglich die Generation tragen, die unsere militärische Mangellage herbeigeführt hat. Wenn nicht wir zahlen, müssen es unsere Nachfahren tun. Und das wäre zutiefst ungerecht. Wir vererben den Jüngeren bereits neben einem langfristig bankrotten Sozialversicherungssystem wachsende Klimarisiken. Und falls es, Gott behüte, tatsächlich einmal zum Verteidigungsfall kommen sollte, werden auch nicht wir Boomer an vorderster Front im Schützengraben stehen.

Besser als neue Schulden wäre deshalb, die Kosten aus dem regulären Haushalt zu stemmen. Wenn sich das durch Umschichtung von Ausgaben wegen politischer Widerstände nicht erreichen lässt, könnte die Finanzierung auch durch eine Art „Notopfer Bundeswehr“ aufgebracht werden. Es ist Zeit aufzuhören, die Lasten immer auf diejenigen abwälzen zu wollen, die sich (noch) kaum dagegen wehren können. Wir sind am Zug.

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

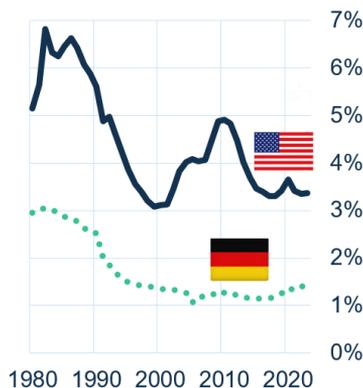
Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Verteidigungsausgaben sind keine Investition

Verteidigungsausgaben (% des BIP, 1980-2023)



Quelle: [SIPRI](#), LBBW Research

Gerne auf LinkedIn verbinden,
einfach QR-Code scannen

